

Die VL tritt für die Gewährleistung des Datenschutzes und für Presse-, Verlags- und Medienfreiheit unter Ausschluß von Zensur ein. Der freie Medienzugang für alle Bürger ist zu gewährleisten. Das schließt jedoch die Propagierung von Gewalt gegen Andersdenkende, von Faschismus, Rassismus und Sexismus aus. Eine Demokratisierung unseres Landes erfordert die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die VL tritt ein für die klare verfassungsrechtliche Absicherung der Grundrechte von Ausländern, welche in der DDR leben oder sich in ihr aufhalten.

Die VL ist für durchgängige Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Das erfordert die funktionelle Gewaltenteilung auf Grundlage der Volkssouveränität und Durchsetzung voller Rechtsstaatlichkeit.

Zur Wahrung aller Interessen unserer Bürger sind vielfältige Formen direkter Demokratie und basisdemokratische Kontrolle bzw. Verankerung staatlicher Gewalt erforderlich.

In der Außenpolitik vertritt die VL das Prinzip politischer und militärischer Entspannung, der Völkerverständigung und Zusammenarbeit in Europa und der Welt. Dazu sind schrittweise Abrüstung und Abbau der Militärblöcke bis hin zur völligen Abrüstung und Abschaffung der Militärblöcke nötig. Die Weltwirtschaftsordnung ist nach den Prinzipien der Gleichheit, gegenseitiger solidarischer Hilfe und des Schutzes unseres natürlichen Lebensraumes neu zu gestalten. Die VL unterstützt nationale Befreiungsbewegungen in der gesamten Welt.

Sie erklärt sich für die Verteidigung der Souveränität der DDR gegenüber allen Forderungen nach schneller Vereinigung beider deutscher Staaten in Form der Angliederung an die BRD. Damit verteidigt die VL die Chance zu einer wirklichen Alternative zum Kapitalismus. Sie tritt vielmehr für eine Vertragsgemeinschaft nach dem Grundsatz „Zwei Staaten-eine Nation“ bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung ein. Die VL strebt enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen bei Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs und die Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Wahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung, insbesondere für den Frieden, an. Das erfordert unter anderem die gemeinsame Anerkennung der polnischen Westgrenze.

VEREINIGTE LINKE
Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165
Berlin
1080
Tel.: 2 20 20 91